



A. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

1. Festsetzungen

Straßenverkehrsfläche

private Grünflächen

öffentliche Grünfläche

Lärmschutzwand

Gehweg

Parkplätze

geplante Bepflanzung

Grenze des räumlichen Geltungs-bereichs (§ 9 Abs. 7 BauGB)

Baugrenze (§9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 22 und 23 BauNVO)

mögliche Grundstücksgrenzen

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung

2. Hinweise

bestehende Flurstücksgrenzen

Flurstücksnummern

bestehende Wohn- /Nebengebäude

Bebauungsvorschlag

Garagen

mögliche Grundstücksnummern

Grundstücksfläche (ca. -Angabe)

Sichtdreiecke

Grenze des räumlichen Geltungs-bereichs des Bebauungsplanes Nr. 7

Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung des Bebauungsplanes Nr. 7

Zone

Art der baulichen Nutzung	Anzahl der Voll-geschosse als Höchstmaß
GRZ Grundflächenzahl	GFZ Geschossflächen-zahl als Höchstmaß
Dachform Hauptgebäude	Dachneigung
Bauweise	max. Firsthöhe

Nutzungsschablonen Zone 1 - 3

(in grau: Nutzungsschablonen aus dem Bebauungsplan Nr. 7)
- FESTSETZUNGEN
- A. Planungsrechtliche Festsetzungen (§ 9 BauGB)
1. Art der baulichen Nutzung
(§ 5 Abs. 2 Nr. 1, 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. §§ 1-11 BauNVO)
Allgemeines Wohngebiet gemäß § 4 BauNVO Abs. 1 und 2

2. Maß der baulichen Nutzung
(§ 5 Abs. 2 Nr. 1, 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. §§ 1-11 BauNVO)
z.B. II Zahl der Vollgeschosse (Höchstgrenze), zwei Vollgeschosse
z.B. 0,3 Grundflächenzahl
z.B. 0,6 Geschossflächenzahl (Höchstgrenze)
Zulässig sind Einzel-, Doppelhäuser oder Hausgruppen nach Planschrieb.
Die maximal zulässige Firsthöhe beträgt 5,00 m für eingeschossige Bebauung, 9,50 m für zweigeschossige Bebauung und 12,50 m für dreigeschossige Bebauung. Diese wird von der Oberkante Rohdecke des Erdgeschoßfußbodens (OKRD EG) gemessen. Die OKRD EG eines Gebäudes darf nicht höher als 0,50 m über der bestehenden oder geplanten Höhe der Straßennachse liegen.

3. Bauweisen
3.1 Bauweise
E.D. / E zulässig sind Einzel- und Doppelhäuser
o offene Bauweise
PD / SD Pultdach / Satteldach
< 30° Dachneigung
Die Errichtung von baulichen Anlagen ist nur innerhalb der Baugrenzen zulässig. Abweichend davon ist die Errichtung von Garagen an der Grundstücksgrenze nach Art. 6 Abs. 9 BayBO zulässig, auch wenn diese mit dem Hauptgebäude verbunden sind.
Seitliche Abstandsflächen von Wohnhauptgebäuden können bis auf 3 m Grenzabstand reduziert werden.

4. Grünordnung
(§ 9 Abs. 1 Nr. 25a und 25b BauGB)
Bäume und Sträucher sind zu pflanzen und dauerhaft zu unterhalten. Bei Ausfall ist entsprechend Ersatz zu leisten. Es dürfen nur standortgerechte Gehölze gepflanzt werden:
Bäume: z.B.: Stieleiche, Rotbuche, Bergahorn, Esche, Eberesche, Spitzahorn, Obstbäume
Sträucher: z.B.: Hasel, Weißdorn, Schneeball, Hartriegel, Pfaffenhütchen
Bei der Bepflanzung der Gartenflächen ist ein Nadelgehölzanteil von max. 10 % zulässig.
- B. Örtliche Bauvorschriften (Art. 81 BayBO)
1. Gestaltung der Dächer
Im allgemeinen Wohngebiet sind Pult- und Satteldächer mit einer Neigung von < 30° zulässig. Bei Garagen und Nebengebäuden mit einer Höhe von maximal 3m sind Flachdächer zugelassen.
Als Dacheindeckung ist eine Naturrote Ziegeleindeckung und eine Metalldachung in gleicher Farbgebung zugelassen.
Die Dächer der Garagen und Nebengebäude sind bei eventueller Grenzbebauung mit der Garagengestaltung des Nachbargrundstückes abzustimmen.
Sonnenkollektoren und Photovoltaikanlagen auf den Dächern sind zu einheitlichen geordneten Elementen zusammenzufassen.
Dachterrassen sind zugelassen.

2. Gestaltung der Gebäude
Alle Gebäude sind mit Außenputz oder mit einer Holzfassade in hellem Farbton (außer reinweiß) auszuführen. Auffallend gemauerte Putz ist unzulässig. Zur Gliederung der Baukörper sind Holz, helles Sichtmauerwerk und Sichtbeton zulässig. Es sind Flächenfüllungen aus Glas möglich.

3. Garagen, Carports, Stellplätze
Garagengebäude können auch außerhalb der für das Hauptgebäude verbindlichen Baugrenzen liegen. Die Vorplätze vor den Garagen sind in einer Tiefe von mind. 5.00 m ab Straßenbegrenzungslinie offen zu halten. Festgesetzt werden 1,5 Stellplätze je Wohneinheit.

4. Gestaltung der Einfriedungen und unbebauten Flächen
Einfriedungen:
Die Grundstücke können zwischen den Grundstücken durch hinterpflanzte Metall- oder Maschendrahtzäune abgetrennt werden. Ansonsten sind Zäune zur Straße hin aus senkrechten Holzlatzen oder schlichten Metallzäunen herzustellen: Zaunhöhe inkl. Sockel 1,20 - 1,50 m, max. Sockelhöhe: 50 cm
Unbebaute Flächen:
Je 300 m² Grundstücksfläche ist ein großkroniger heimischer Laubbaum oder Obstbaum zu pflanzen und dauerhaft zu unterhalten.
Das natürliche Gelände ist grundsätzlich unverändert zu belassen. Eventuell notwendige Geländeveränderungen können nur in Einvernehmen mit der Stadt Herrieden vorgenommen werden.
- C. Nachrichtliche Hinweise
1. Grundstücksentwässerung
Die Abwasserbeseitigung erfolgt im Mischsystem.

2. Sicherung unterirdischer Versorgungsleitungen
Bei der Baumpflanzung ist darauf zu achten, dass die Bäume mind. 2,50 m Entfernung von Versorgungsanlagen gepflanzt werden. Sollte dieser Mindestabstand im Einzelfall unterschritten werden, sind Schutzmaßnahmen für die betroffenen Anlagen erforderlich. (DIN 1998) ist einzuhalten.

3. Denkmalschutz
Eventuell zu Tage tretende Bodendenkmäler unterliegen der Meldepflicht an das Bay. Landesamt für Denkmalpflege (Dienststelle Nbg.) oder der Unteren Denkmalschutzbehörde, gem. Art. 8 DSchG.

4. Anschluss an landwirtschaftliche Flächen
Die ordnungsgemäße Bewirtschaftung der benachbarten landwirtschaftlichen Flächen ist zu dulden. Von landwirtschaftlichen Flächen ausgehende Staub- und Geruchsemissionen müssen geduldet werden. Die Bewirtschaftung auch in späteren Abendstunden und zu Erntezeiten muss uneingeschränkt möglich sein.

5. Artenschutz
Die Baufeldfreimachung und Rodung dürfen nur in der brutfreien Zeit zwischen 01.09. und 28.02. durchgeführt werden.

6. Emission/Immission
An der ersten Baureihe im Süden sollen schutzbedürftige Aufenthaltsräume (Wohnzimmer, Schlafzimmer, Kinderzimmer und gegebenenfalls Wohnküche) auf die jeweils lärmabgewandte Seite hin orientiert werden. Aktive Lärmschutzmaßnahmen sind entsprechend den Einschrieben im Plan herzustellen.
- VERFAHRENSVERMERKE
1. Der Stadtrat Herrieden hat in der Sitzung vom _____ die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 17 "Wohnen im Burgerfeld" beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am _____ ortsüblich bekannt gemacht.

2. Zu dem Entwurf des Bebauungsplans Nr. 17 "Wohnen im Burgerfeld" in der Fassung vom _____ wurden die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom _____ bis _____ beteiligt.

3. Der Entwurf des Bebauungsplans Nr. 17 "Wohnen im Burgerfeld" in der Fassung vom _____ wurde mit der Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in der Zeit vom _____ bis _____ öffentlich ausgelegt.

4. Die Stadt Herrieden hat mit Beschluss des Stadtrats vom _____ den Bebauungsplan Nr. 17 "Wohnen im Burgerfeld" gem. § 10 Abs. 1 BauGB in der Fassung vom _____ als Satzung beschlossen.

Stadt Herrieden, den _____

1. Bürgermeister, Alfons Brandl

5. Der Satzungsbeschluss zu dem Bebauungsplan Nr. 17 "Wohnen im Burgerfeld" wurde am _____ gemäß § 10 Abs. 3 Halbsatz 2 BauGB ortsüblich bekannt gemacht. Der Bebauungsplan ist damit in Kraft getreten.

Stadt Herrieden, den _____

1. Bürgermeister, Alfons Brandl
-
- Stadt Herrieden
Landkreis Ansbach
-
- Bebauungsplan Nr. 17
Bebauungsplan der Innenentwicklung
"Wohnen im Burgerfeld"
- Beschleunigtes Verfahren nach §13a BauGB
- Planenteil: Maßstab 1:1000
- 2016041/Bebauungsplan1003.PLT
- Ingenieurbüro Willi Heller
Schemberg 30, 91167 Herrieden, Tel.: 0925/9296-0, Fax: 0925/9296-50
Internet: www.b-heller.de, E-Mail: info@b-heller.de
-
- 22.03.2017 / 24.05.2017